

KOLUMNE über erstaunliche Umfrageergebnisse zum Frauenrentenalter

Widersprüche in der SVP

Wenn Zürcher SVP-Vertreter ihrem Unmut über die Einseitigkeit der Wahlkampfthemen Ausdruck verleihen und damit explizit ihre eigene Partei meinen, muss die Lage ernst sein. Das ist sie tatsächlich. Sich auf ein einziges Thema - die Flüchtlingspolitik - zu beschränken, ist für die gern schlechte Emotionen schürende Partei zwar naheliegend. Aber es genügt nicht. Dass die Kritik von SVP-Politikern kommt, die bisher eher als Hardliner bekannt waren, ist bemerkenswert. Es ist ihnen hoch anzurechnen. Ob die Kritik in der eigenen Partei gehört wird, ist das eine. Ob es die anderen Parteien hören, das andere. Bis anhin ist der Wahlkampf für die 246 Sitze im eidgenössischen Parlament nämlich höchst flau verlaufen. Es fehlt an Substanz. Zwar ist es systemimmanent, sich vor dem Wahltag nicht die Finger zu verbrennen und deshalb heisse Themen nicht anzufassen. Redlich gegenüber dem Stimmvolk ist es aber nicht.

Das scheint auch die Universität Zürich bemerkt zu haben. Just zum Zeitpunkt, in dem die Ständeratskommission über die Reform zur Altersvorsorge 2020 berät, präsentiert das Institut für Politikwissenschaft eine Umfrage, die sie bei 1900 Stimmberechtigten durchgeführt hat. Die Rentenversicherungen der ersten und zweiten Säule stehen vor immensen finanziellen Knackpunkten. Weil die Generation der Babyboomer zwischen 2020 und 2030 pensioniert wird, müssen die Sozialwerke saniert werden. Ohne Massnahmen entsteht ein jährliches Defizit der AHV von über 8 Milliarden Franken. Selbst wenn die Linke mit tieferen Zahlen operiert - Milliardendefizite werden es auf jeden Fall sein. Höchste Zeit also, dass neben den unzweifelhaft ebenfalls wichtigen Themen wie Flüchtlingspolitik und Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative über ein Generationenprojekt breit diskutiert wird, das uns weit über das nächste Jahrtausend hinaus beschäftigt wird.

Grosse Zustimmung zum Frauenrentenalter 65

Das Resultat der Umfrage lässt aufhorchen. Zwar sind knapp 2000 Befragte nicht gerade eine Menge, als Indikator aber allemal von Interesse - vor allem auch, wenn es um die Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre geht. Alle Altersgruppen, und - mit einer Aus-



ESTHER GIRSBERGER

PUBLIZISTIN UND MODERATORIN

Die Autorin aus Zürich ist Publizistin, Moderatorin, Dozentin und Verfasserin mehrerer Bücher. Als Journalistin war sie unter anderem Chefredaktorin des «Tages-Anzeigers». Die ausgebildete Juristin (Dr. iur.) ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Sie ist Mitglied des Publizistischen Ausschusses der AZ Medien.

nahme - alle Befragten, die einer Partei angehören, äussern sich positiv zur Heraufsetzung. Bei der einen ausschlaggebenden Partei handelt es sich nicht etwa um die Linke, wie man es eigentlich erwarten würde. Schliesslich macht die SP ihre Zustimmung zum Frauenrentenalter 65 davon abhängig, dass die AHV-Renten um 10 Prozent erhöht werden, wie das die Volksinitiative «AHV plus» verlangt. Es ist vielmehr die SVP, die sich skeptisch zeigt. Noch erstaunlicher ist das Resultat bei der Frage, ob der Reformdruck zwingend und Leistungskürzungen notwendig sind. Die SVP weist nämlich mit Abstand den höchsten Anteil an Wählerinnen und Wählern auf, die den Reformdruck als übertrieben dargestellt empfinden und Leistungskürzungen mit 20 Prozent als nicht nötig erachten. Schliesslich ist es auch diese Partei, welche einerseits die höchsten Kürzungen ohne Abfederung fordert, umgekehrt aber auf Mehreinnahmen pocht.

Bei der SVP denkt die Basis offenbar ganz anders

«Die Notwendigkeit, die gesamte Altersvorsorge auf stabile, finanzielle Grundlagen zu stellen, ist zwingend und dringend», schreibt die SVP in ihrem Positionspapier zur Altersvorsorge. Und weiter: «Die Angleichung des Frauenrentenalters an das der Männer bei 65 Jahren ist umgehend vorzunehmen. Die Übergangszeiten dürfen nicht zu lange sein, 4 Jahre genügen». Gemäss Umfrage des Universitäts-Instituts sieht das die Basis aber anders. Offenbar hängt sie immer noch dem nostalgischen Bild der physisch schwächeren Frau an oder pflegt nach wie vor patriarchale Vorstellungen, die ursprünglich mitentscheidend waren für das ungleiche Rentenalter zwischen den Geschlechtern. Die SVP ist sich bei einer ihrer Kernanliegen - die Finanzierung der Sozialwerke - also nicht nur uneins, sondern verstrickt sich auch in Widersprüchen. Unter diesem Aspekt wäre den SVP-Politikern, die sich im Wahlkampf nicht monothematisch verhalten wollen, zu raten, nicht gerade die Reform der Sozialwerke vorzunehmen.

Nicht nur die SVP muss über die Bücher, sondern auch der Bundesrat. Denn in der Umfrage erachtet mit 56 Prozent eine deutliche Mehrheit den Reformdruck als nicht dramatisch. Angesichts dem nicht wegzudiskutierenden Milliardendefizit eine unschöne Vorstellung.

KOMMENTAR

Inhalte statt Inszenierung

Derzeit treibt der Wahlkampf auch im Aargau seltsame Blüten: Beat Flach und Ruth Jo Scheier nehmen ein grünliberales Lied auf, der Jungfreisinnige Adrian Schoop besucht Entsorgungsstellen, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, gestandene SVP-Parlamentarier wie Hansjörg Knecht und Sylvia Flückiger singen gemeinsam das Loblied auf Wachhund Willy, während die SP einen Poetry-Slam mit Yvonne Feri



von Fabian Hägler

Zusammen mit Vimentis bietet die Aargauer Zeitung eine kostenlose Wahlhilfe im Internet an

und Cédric Wermuth veranstaltet. Dazu kommen Werbespots und zahllose Plakate - doch hilft dies alles den Wählerinnen und Wählern bei der Entscheidung?

Natürlich geht es im Wahlkampf darum, die potenziellen Wähler auf sich aufmerksam zu machen. Doch wichtiger als die Inszenierung ist der Inhalt, sind die politischen Positionen, die Meinungen der Kandidaten zu heiklen Fragen. Was denkt die strahlende Frau auf dem Plakat über die gleichgeschlechtliche Ehe? Wie steht der lächelnde Mann im Inserat zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative?

Das sind nur zwei von vielen Fragen, die für eine Wahlentscheidung wohl relevanter sind als die Gesangskünste oder Qualität der Werbevideos von Kandidaten. Dank der Partnerschaft von Aargauer Zeitung und Vimentis haben alle Wähler die Möglichkeit, das Kandidatenfeld zu durchleuchten. Wer sich etwas Zeit nimmt und die 73 Fragen beantwortet, erhält eine Empfehlung, welche Parteien und Kandidaten seine Anliegen am besten vertreten. Damit wird der Wahlkampf sachlicher, was jenen hilft, die mehr auf Inhalte und weniger auf Inszenierung achten.

@ fabian.haegler@azmedien.ch

POLEMIK

«Sie waren doch heute zu Hause»

Es gibt sie sicher, die netten, ehrlichen und freundlichen Handwerker. Doch es klappt nicht immer. Ein Beispiel. Ein defekter Geschirrspüler bringt ein Familienleben durcheinander: Ämtli gelten nicht mehr, das Spülen muss neu organisiert werden. Der Vorrat an Gläsern, die sonst in rauen Mengen aus dem Kasten genommen werden, neigt sich rasch dem Ende entgegen. Spülhände statt wohlgepflegte Teenagerhände drohen. Die Service-Hotline der Herstellerin war rasch erreicht. Mir wurde versprochen, einen Techniker zu organisieren. Doch es kam anders. Erst nach einem weiteren Versuch und einer weiteren Woche ohne Spülmaschine klappte es. Die Stimme am Telefon: «Er kommt am Dienstagmorgen.» Ich forderte einen exakten Termin. Die Stimme: «Das geht nicht. Aber er kann Sie eine halbe Stunde vorher anrufen.» Der Mann rief natürlich nicht an. Ich wartete den ganzen Nachmittag nervös in der Küche. Um 16 Uhr traf der gute Mann ein. Ich fragte ihn, wieso er nicht vorher anrufen hätte. Die Antwort: «Sie waren ja heute zu Hause.» Der Monteur wechselte die Front-Platine aus, schraubte sonst noch was herum und schickte später für die halbe Stunde Arbeit eine Rechnung von 300 Franken.

♦ Andreas Schaffner

Was ist Ihre Meinung?

Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

Vor fünf Monaten reiste ein Mann in sein Heimatdorf, um das Ende des Fastenmonats Ramadan zu feiern. Da brach er zusammen und starb. Die Ursache war Ebola. Der Todesfall markierte den Beginn der längsten Ebola-Quarantäne in Sierra Leone. Jetzt verkündete der Präsident des afrikanischen Staates ihr Ende. Seither warten Leute, die in Quarantäne gehalten wurden, darauf, dass der Zaun fällt und

sie sich wieder frei bewegen können. Leute, die als verseucht galten, kehren zurück zu den Versicherten. Ebola war 2013 in Guinea ausgebrochen und hatte sich dann auf Liberia und Sierra Leone erstreckt. Rund 28 000 Menschen erkrankten, 11 300 Leute sind daran gestorben. Liberia wurde bereits im Mai von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Ebola-frei erklärt.

FOTO: SUNDAY ALAMBA/KEY